

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 02.05.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel
Sitzungstermin:	Mittwoch, 03.05.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:23 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Angela Drewes WSI

Mitglieder

Rüdiger Fölske	SPD	
Christian Fuchs	CDU	nur am 02.05.2023
Sophia Jacobs-Emeis	SPD	
Michael C. Kissig	CDU	
Renate Koschorrek	FDP	
Dr. Detlef Murphy	DIE LINKE	
Wolfgang Rüdiger	SPD	
Michael Schernikau	CDU	nur am 02.05.2023
Andreas Schnieber	WSI	
Dagmar Süß	Bündnis 90 / Die Grünen	
Herbert Thomascheski	CDU	
Willibald Ulbrich	Bündnis 90 / Die Grünen	

Umweltbeirat

Jens Brüggemann Umweltbeirat

Jugendbeirat

Ilana Stündl	Jugendbeirat	nur am 02.05.2023
Hauke-Elias Zucht	Jugendbeirat	nur am 02.05.2023

Seniorenbeirat

Wolfgang Meyer-Lomberg	Seniorenbeirat	nur am 02.05.2023
------------------------	----------------	-------------------

Verwaltung

Kirsten Gragert	Protokollführung	
Gernot Kaser	Bürgermeister	
Jörg Amelung		nur am 02.05.2023
Rolf Jagemann		nur am 02.05.2023
Volkmar Scholz		nur am 02.05.2023

Gäste:

Ca. 50 Einwohner*innen am 02.05.2023

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Sie hat eine Änderung zur Tagesordnung: TOP 11 wird gestrichen, weil nicht alle Unterlagen vorliegen.

Frau Jacobs-Emeis beantragt, die TOPs 14.1 und 14.2 auf die nächste Sitzung des HFA zu verschieben und möchte die Präsentationen vorher schriftlich vorliegen haben.

Herr Dr. Murphy wartet schon lange auf die Visionen beider und würde das hören wollen auch ohne vorliegenden Text.

Abstimmung: 9 Ja / 1 Nein / 3 Enthaltungen

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Der geänderten Tagesordnung wird dann einstimmig zugestimmt.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 27.03.2023 | |
| 4 | Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Wedel (Sondernutzungssatzung) | BV/2023/003 |
| 5 | Umsetzung Haushalt 2023 | |
| 6 | Stellenplan Nachtrag 2023 | BV/2023/029 |
| 7 | 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 | BV/2023/027 |
| 8 | Haushaltskonsolidierung | BV/2023/030 |
| 9 | Resolution zur Senkung der Kreisumlage | BV/2023/032 |
| 10 | Strategische Haushaltssteuerung und Investitionscontrolling | BV/2023/033 |
| 11 | Nachnutzung des Kraftwerksgeländes Wedel | ANT/2023/011 |
| 12 | Workshops zur Gründung einer kommunalen Klimaschutzagentur beim Kreis Pinneberg | ANT/2023/012 |
| 13 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |



- | | | |
|------|---|-------------|
| 13.1 | Spendenannahmen 2022 | MV/2023/013 |
| 13.2 | Veränderte Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für 2023 | MV/2023/027 |
| 13.3 | Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Wedel | MV/2023/028 |
| 13.4 | Satzungsangelegenheit Fünf-Städte-Verein | MV/2023/029 |
| 13.5 | Bericht der Verwaltung | |
| 13.6 | Öffentliche Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|---|-------------|
| 14 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 27.03.2023 | |
| 15 | Anfrage der WSI-Fraktion zur Grundstücksangelegenheit Strandbaddamm | MV/2023/019 |
| 16 | Grundstücksangelegenheit Strandbaddamm | BV/2022/118 |
| 17 | Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer | BV/2023/028 |
| 18 | Erbbaurechte u.a. im Bereich Voßhagen | BV/2023/023 |
| 19 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 19.1 | Grundstücksangelegenheit Fünf-Städte-Verein | MV/2023/030 |
| 19.2 | Polizeibericht: Aktuelle öffentliche Sicherheitslage in Wedel | |
| 19.3 | Bericht der Verwaltung | |
| 19.4 | Nichtöffentliche Anfragen | |
| 20 | Personalangelegenheiten | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 21 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

- 1.) Herr Wolff / Schulleiter GHS: Geplante Maßnahmen gegen die Schulen
Herr Wolff verliest sein Anliegen (ist dem Protokoll beigelegt).
Frau Drewes erklärt für alle die Haushaltskonsolidierung. Es wurde ein externer Berater beauftragt, Konzepte zu entwickeln. Die Vorschläge wurden im Lenkungsausschuss beraten. Das Maßnahmenpaket ist jetzt das erste Mal öffentlich gemacht. Im nächsten Schritt des Prozesses geht es in die Fachausschüsse und es werden Gespräche mit den Beteiligten geführt. Der neue Rat wird dann ein Paket schnüren, was umgesetzt wird und was nicht. Heute werde nichts beschlossen.
Herr Wolff fragt, ob die Mitglieder des HFA den Wunsch unterstützen, die Punkte 4, 11, 37, 52 und 53 aus dem Paket herauszunehmen und den TOP vorzuziehen. Er bezweifelt nicht, dass gespart werden muss, aber es sei inakzeptabel, dass die Beteiligten nicht gehört wurden.
Herr Kissig erklärt, dass die Stadt Wedel diese Haushaltsmisere seit 10 Jahren hat. Er habe Verständnis für den Protest der Schulen, aber wenn keine Kürzungen vorgenommen werden, können keine Investitionen mehr vorgenommen werden. Die Zahlungsfähigkeit der Stadt sei nicht mehr gegeben.
Herr Fölske hat großes Verständnis für die Schulen, bittet aber darum, die Vorschriften der Gemeindeordnung einzuhalten.
- 2.) Frau Flesken: Konsolidierungsliste
Frau Flesken verliest ihre Anfrage (ist dem Protokoll beigelegt).
- 3.) Frau Martens / 2. Stellvertretende Vorsitzende des Wedeler TSV: Geplante Maßnahmen Sportflächennutzungsgebühren
Frau Martens fragt, wie die Sporthallennutzungsgebühren gestaltet werden sollen, damit jeder ein Recht auf Teilnahme an Sportangeboten behält.

Anlage 1 TOP 1.2 Statement Wolff HFA 2.5.23

Anlage 2 TOP 1.2 Einwohnerfragestunde zu TOP 8 Haushaltskonsolidierung

2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat und der Umweltbeirat haben nichts zu berichten.
Der Seniorenbeirat berichtet später zu TOP 8.



**3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung
 vom 27.03.2023**

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

**4 Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen
 an öffentlichen Straßen in der Stadt Wedel (Sondernutzungs-
 satzung)**

BV/2023/003

Frau Drewes verliest die Vorlage. Der UBF hat die Satzung einstimmig empfohlen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt:

- a) Die von der Verwaltung aufgestellte Kalkulation auf der Grundlage von § 26 Abs. 6 Straßen- und Wegegesetz (StrWG). Die Gebührenbemessung erfolgt nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und dem wirtschaftlichen Interesse der Nutzungsberechtigten. Sie ist in der Anlage beigefügt.
- b) Die in der Anlage beigefügte Satzung über Erlaubnisse und die Erhebung von Gebühren für die Nutzung von öffentlichen Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzungen) in der Stadt Wedel (Sondernutzungssatzung), einschließlich Anlage zu § 5 Abs. 1 der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Wedel (Sondernutzungssatzung) - Gebührentarife -

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5 Umsetzung Haushalt 2023

Herr Scholz teilt mit, dass die Planung des Nachtrags begonnen wurde, bevor der Haushalt genehmigt war. Zusätzliche Unterlagen wurden am Freitag verteilt.

Herr Schnieber bemängelt, dass der Urhaushalt nicht in gedruckter Form vorliegt und es zu viele Listen zur Entscheidungsfindung gibt. Er bittet noch einmal um eine verständliche Darstellung.

Herr Scholz erläutert, dass bei den Investitionsmaßnahmen 1,7 Mio € rausgenommen wurden. Nicht alles, was im Haushalt abgebildet ist, wird kassenwirksam. Die einzelnen Maßnahmen stehen in der Liste zum Nachtrag. Die Verpflichtungsermächtigungen wurden in Gänze erfüllt. Die drei Großprojekte GHS, JRG und Steinberg wurden mit einer Priorität versehen und die Arbeiten sollen ohne Unterbrechung weiterlaufen.

Frau Drewes schlägt vor als erstes die Kürzung der Investitionen zu beschließen und dann den Nachtrag mit dem neuen Rat zu diskutieren. Es bestehe die Gefahr, dass der Innenminister bemängelt, dass die Haushaltswahrheit- und -klarheit fehle.

Herr Scholz kann das in Teilen verstehen. Das Bauvorhaben JRG geht schneller voran als geplant. Man habe 10 Wochen auf die Genehmigung des Haushaltes gewartet. Im schlimmsten Fall beschließt der neue Rat den Nachtrag erst nach den Sommerferien.

Frau Drewes merkt an, dass es nicht nur um die Investitionen gehe. Mit dem Nachtrag wür-

den auch wieder Leistungserweiterungen beschlossen. Heute findet nur eine Aussprache statt.

Herr Kaser stimmt dem Unwohlsein zu. Er geht davon aus, dass wir künftig nicht mehr so viel mit Nachträgen zu tun haben werden.

Für Frau Jacobs-Emeis gehören die TOPs 5 und 7 zusammen. Und ein Stocken der Baumaßnahmen am JRG und an der GHS wolle wohl niemand.

Herr Kissig findet die Diskussion verwirrend. Es gab mitnichten immer Nachträge. Das Prozedere wurde so festgelegt. Und dass die Genehmigung länger dauern würde, war auch klar. Wenn vor der Sommerpause kein Beschluss gefasst wird, werde es schwierig in diesem Jahr. Der neue Rat muss handlungsfähig sein. Also muss noch der alte Rat beschließen und es müsse heute eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Fölske schließt sich dem an. Man müsse sich vor Augen führen, was Herr Scholz erklärt hat und der Verwaltung vertrauen.

6 Stellenplan Nachtrag 2023

BV/2023/029

Frau Süß gibt Herrn Kissig recht und versteht den Missmut. Sie bittet Herrn Kaser etwas zum Stellenplan zu sagen.

Herr Kaser informiert, dass es um zwei Stellen geht.

- 1.) Die Stelle Digitalisierung wird benötigt. Die Digitalisierung dauert Jahre und die Stadt muss da am Markt bleiben. Herr Amelung ergänzt, dass eine digitale Aktenführung flächendeckend erforderlich ist. Aktuell sind damit 1,5 Menschen befasst. Da muss wieder Fahrt aufgenommen werden.

- 2.) Die Stelle Fachdienstleitung 1-60 kann erstmal wegfallen.
Der Fachdienst 1-40 ist geteilt worden in 1-40 und 1-60. Zur Zeit gibt es eine kommissarische Fachdienstleitung, so dass die Stelle nicht zwingend in den Nachtrag aufgenommen werden muss.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt den anliegenden Stellenplan Nachtrag 2023 ohne die Stelle FDL 1-60.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltung

7 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023

BV/2023/027

Herr Schnieber hat dazu noch Klärungsbedarf. Herr Scholz sagt zu, die Antwort nachzureichen.

Eine weitere Klärungsfrage von Herr Schnieber betrifft die Gelder für die Sanierung der Steinberghalle. Er fragt, ob die Mittel in Höhe von 500.000 € ausreichen oder ob es noch einen weiteren Nachtrag gibt und bittet um eine Antwort vom Fachdienst Bauen zum Rat.

Dieser TOP soll an den Rat weitergeleitet werden.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja / 2 Nein / 4 Enthaltung

Anlage 1 Veränderungsliste_1. Nachtrag_2023_28.04.2023



8 Haushaltskonsolidierung

BV/2023/030

Frau Süß verliest die Anfrage der Grünen.

Herr Fölske berichtet von einer kontroversen Diskussion in der letzten Fraktionssitzung der SPD. Die SPD sei heute nicht entscheidungsfähig. Es gebe noch Fragen zur grünen Liste.

Wichtig seien dabei auch Problematiken, die durch Bürger*innen vorgetragen wurden.

Herr Dr. Murphy betont, dass er das einzige HFA-Mitglied im Lenkungsausschuss sei. Zum einen sehe er die desolate Haushaltslage der Stadt, auf der anderen Seite war er heute etwas erstaunt. Das vorgeschlagene Verfahren wird nun von allen Fraktionen (inkl. Den LINKEN) kritisiert, im Lenkungsausschuss war nicht die Rede davon. Es wurde abgenickt, was der externe Dienstleister vorgeschlagen hat und nun kommt gerechtfertigte Kritik. Die hätte er sich schon früher gewünscht. Er freue sich als BKS-Mitglied, denn viele Punkte seien nicht zustimmungsfähig und waren es auch schon vor dem BKS nicht. Das im Lenkungsausschuss beschlossene enbloc-Verfahren habe er abgelehnt. Er verstehe die Begründung für das Eilverfahren, kritisiere sie aber. Es gibt keine Beteiligung der Fachämter/Betroffenen und dem neuen Rat. Der neue Rat bekomme das dann „kalt vorgesetzt“. Eine solch gravierende Entscheidung vorher zu treffen, könne man nicht machen. (Besucher applaudieren)

Herr Amelung möchte richtigstellen, dass sich das nicht die Verwaltung ausgedacht habe, sondern dass das Konzept gemeinsam mit einem externen Berater erarbeitet wurde. Die Produktverantwortlichen wurden eingebunden. Der Rat bekomme das nicht vorgesetzt. Es wurde eine Liste verteilt. Und dem neuen Rat werde kein Recht entzogen, Beschlüsse zu fassen. Ohne ein Ratsvotum könne man sich manche Prüfung sparen.

Herr Dr. Murphy gibt nicht der Verwaltung Schuld. Das sei ja so vom Lenkungsausschuss beschlossen worden und seine Kritik trifft auch ihn selbst. Er hätte sich eine andere Beschlussvorlage gewünscht. Statt „...umgehend umzusetzen...“ wäre „...nach Prüfung“ besser gewesen.

Frau Koschorrek hat dazu eine kurze Anmerkung: Seit drei Jahren beschäftigt sich die Verwaltung nun schon mit dringend notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung. Dann verliest sie den Änderungsantrag der FDP.

Herr Kissig betont, dass es schon 10 Jahre sind und bislang immer alle Maßnahmen abgelehnt wurden. Erhalten blieben Real- und Grundsteuererhöhungen. Er sieht darin eine absolute Entscheidungsschwäche der Politik. Entweder man sei bereit zu Sparen oder nicht. Die Prioritäten für die Investitionen setze der Innenminister und nicht die Verwaltung. Er schlägt daher vor, im heutigen HFA keinen Beschluss zu fassen, sondern den Punkt komplett in den Rat zu schieben. Dazu müsse die Verwaltung einen neuen Beschlussvorschlag machen. Es helfe auch nicht, den Punkt zurück in die Fachausschüsse zu schieben. Herr Dr. Müller-Ellmau habe dazu gesagt, dass wir zu viele und zu teure Beschlüsse gefasst haben.

Frau Drewes stimmt ihm zu.

Frau Süß ist überrascht vom Änderungsantrag der FDP, würde diesem aber folgen. Und sie folgt auch dem Vorschlag von Herrn Kissig.

Herr Amelung sagt, es sei kein Problem den Text umzuformulieren. Die Einsparungen folgen erst im zweiten Schritt. Zum FDP-Antrag fragt er, was denn genau vorgelegt werden soll. Eine Stellungnahme zu jedem einzelnen Punkt?

Das könne Frau Koschorrek auch nicht genau sagen, vermutet aber, dass das nicht bis Juli zu schaffen sei. Herr Amelung nennt dazu als Ziel „nicht vor Oktober“.

Herr Dr. Murphy hat zwei Anmerkungen:

- 1.) Der externe Berater habe gesagt, alle Kommunen seien gleich ausgestattet. Aber viele Anforderungen von Bund und Land haben auch große finanzielle Auswirkungen, z.B. die Kita-Reform und der Rechtsanspruch auf den Ganzttag. Die Last bleibe bei den Kommunen, die Misere sei also nicht selbstgemacht.
- 2.) Es wird der Eindruck erweckt, der Lenkungsausschuss habe einstimmig so beschlossen. Das sei nicht richtig. Es habe keine formelle und zu protokollierende Abstimmung gegeben. Er dankt Frau Süß und Frau Koschorrek für die Anträge. Er würde dem Antrag der CDU zustimmen und den Antrag von Frau Koschorrek auf Wiedervorlage nehmen.

Herr Fölske sagt, dass die Stadt Wedel über ihre Verhältnisse gelebt habe. Es werde zu viel Geld pro Einwohner*in ausgegeben. Wenn das nicht geändert werde, sei die nachfolgende Generation in einer noch schlechteren Position. Die Stadt müsse finanzierungsfähig werden für neue Schulen etc.. Er zeigt sich enttäuscht über den Applaus für die Linken. Und zum Thema Zukunft sagt er, dass noch weitere Schritte werden folgen müssen. Es sei ja nicht nur die Kostenseite, denn die Einnahmen wurden noch nicht angefasst. Herr Fölske schlägt also vor, das 3-Spaltenmodell der grünen Liste zu übernehmen und dann den Rat entscheiden zu lassen. Und die Worte „Umgehend umsetzen“ rauszunehmen. Dafür hätte er gerne aufgenommen, dass der Rat grundsätzlich der Weiterbearbeitung zustimme.

Der Jugendbeirat schließt sich den Worten der Schulleitung an und erntet dafür Applaus.

Frau Drewes ruft die Besucher zur Ordnung.

Herr Schnieber sagt, dass die WSI die neue Beschlussvorlage abwarten wird und sich dann Gedanken zum Abstimmungsverhalten machen wird. Es war ein schnelles Tempo im Lenkungsausschuss. Er hoffe nur, dass bei der enbloc-Abstimmung etwas übrigbleibt. In der WSI gebe es Unmut zum Beispiel auch über den Mobilitätszuschlag. Die WSI stehe zu den Konsolidierungsvorschlägen, denn man komme nicht umhin, schmerzhaft Kürzungen vorzunehmen. Nicht alles werde funktionieren. Das Konsolidierungspaket sei noch dürftig.

Herr Schnieber sieht es als fraglich an, ob sich der nächste Rat dann daran gebunden fühlt. Auch Herr Kaser spricht von „schmerzhaften Leidensprozessen“. Bereits in seiner Antrittsrede habe er davon gesprochen von den Schulden runterzukommen. Wedel habe ein Ausgabenproblem und es müsse getan werden, was getan werden muss. Auch in Bezug auf das Stadtmarketing. Er hatte immer den Eindruck, dass alle von den Vorschlägen von Herrn Dr. Müller Ellmau begeistert waren, wolle aber jetzt nicht auf bestimmte Bereiche eingehen. Die Verwaltung tue sich schwer. Man müsse sich auch einzelne Maßnahmen ansehen, z.B. wer seinen Job verlieren könnte und welche Einrichtungen schließen müssen. Alles gehöre „auf den Tisch“.

Die Grünen schließen sich dem Vorschlag an. Es werde bitter, muss aber auch noch sozialverträglich bleiben.

Frau Koschorrek ist nicht bereit, ihren Antrag zurückzuziehen.

Herr Kissig betont, dass dies seine letzte Sitzung im HFA ist. Er weist auf Seite 277 des Nachtragshaushaltes hin. Das Ausgabenproblem wird durch das Einnahmenproblem verursacht. Wir nehmen viel weniger Gewerbesteuern ein als früher, geben aber genauso viel aus. Er appelliert daran, endlich auch mal Entscheidungen zu treffen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

- A. die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen **umgehend umzusetzen**, damit diese ab dem Haushalt 2024 ff. zur Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt Wedel beitragen können:
 1. Aktualisierung der Verwaltungsgebührensatzung und Ausweitung der Gebührenrentatbestände
 2. Aktualisierung der Sondernutzungsgebührensatzung
 3. Veräußerung von Erbbaugrundstücken
 4. Poolbildung für alle städtischen Hausmeister
 5. Einforderung eines Nachlasses auf die Stromkosten gegenüber den Stadtwerken Wedel
 6. Einforderung eines Nachlasses auf die Kosten der Wärmeerzeugung gegenüber den Stadtwerken Wedel
 7. Erhöhung / Einführung von Entgelten für vermietete Wohnungsflächen der Stadt Wedel
 8. Vermietung der nicht genutzten Azubi-Wohnungen der Stadt Wedel an Studierende
 9. Erhöhung / Einführung von Entgelten für vermietete Gewerbeflächen der Stadt Wedel
 10. Aufgabe des Work-Space in der Feldstraße

11. Beschränkung auf die Bezahlung der SLM- Software ITS-Learning
12. Nachverhandlung des Vertrages mit dem Kreis Pinneberg bezgl. der Erbringung von Sozialleistungen
13. Nachverhandlungen mit den Stadtwerken bezüglich der Kosten für die Löschwasserversorgung
14. Aktualisierung der Feuerwehrgebührensatzung
15. Nachverhandlungen der Landeszuweisung für Schulsozialarbeit
16. Entgeltliche Vermietung des Museumsgartens im Stadtmuseum
17. Umsatzbeteiligung / Standgebühren bei privatrechtlichem Ausschank auf dem Museumsgelände
18. Erhöhung der Gebühren bei der Musikschule insbesondere beim Erwachsenenunterricht
19. Kostenerstattung für Musikschulunterricht vom Land einfordern
20. Reduktion der Zeitschriften-Abos in der Stadtbücherei um 50 %
21. Erhöhung der Jahresentgelte der Stadtbücherei um 50 %
22. Reduzierung der Ausnahmetatbestände von der Gebührenpflicht
23. Erhöhung der Säumniszuschläge und Mahngebühren um 50 %
24. Automatisierung des Rechnungsprozesses zwischen Bibliotheka und H&H
25. Gebühren für Arbeitsplatznutzung in der Stadtbücherei
26. Erhöhung der Kursgebühren in der VHS
27. Reduktion bzw. Nachverhandlung des Zuschusses zu „zu teure“ Kitas
28. Erhöhung der Gebühren in der Schulkinderbetreuung um 10 %
29. Einstellung von Wespi oder Abgabe von Wespi an die Kirchen
30. Reduktion der Spielplätze von 45 auf 30
31. Interne Nachnutzung der Spielgeräte und Reduktion der der Beschaffungskosten in den Folgejahren
32. Verringerung des Verlustausgleichs bei der Badebucht / Bedarfsbeauftragung bei der PROVA GmbH
33. Einführung / Erweiterung von Nutzungsgebühren für Sporthallennutzungen
34. Streckung der Deckschichtsanierung für Gemeindestraßen bis 2030
35. Verlängerung der Nachtabschaltung bei der Straßenbeleuchtung
36. Nachverhandeln d. Kostenersatzes für UI/UA bei Bundesstraßen
37. Erhöhung / Einführung von Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet in 3 Stufen
38. Erhöhung der WoMo Stellplatzgebühren im Sommer um 50 %
39. Eigenerbringung von Aufgaben des Bauhofs mit zusätzlichen Personal
40. Eigenerbringung von Aufgaben mit bestehendem Personal
41. Erhöhung der Marktnutzungsgebühren
42. Erhöhung der Quote von Hundeanmeldungen
43. Erhöhung der Zweitwohnungssteuer
44. Einführung einer Bettensteuer
45. Erhöhung der Vergnügungs- und Automatensteuer.

Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die oben genannten Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle 1.

- B. die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind **zeitnah zu prüfen** und dem Rat der Stadt Wedel zur Entscheidung vorzulegen:
46. Verringerung der Kosten für den Sitzungsdienst, hier: Aufwandsreduktion
 47. Verringerung der Kosten für den Sitzungsdienst, hier: Anzahl der Sitzungen
 48. Veräußerung entbehrlicher Weide- und Bauschulflächen
 49. Aufgabe einer eigenen Gebäudereinigung
 50. Aufgabe der Unterstützung von Senioren durch eine gesonderte Seniorenberatungsstelle
 51. Kürzung der Zuschüsse an Sozialträger um 10 %



- 52. Kürzung der Schulsozialarbeit
- 53. Verzicht auf Außenstandorte und Außendienst der Stadtbücherei
- 54. Einführung kostendeckender SKB-Beiträge für erste und letzte Stunde
- 55. Rückübertragung der Straßenbeleuchtung in den städtischen Betrieb
- 56. Abschaffung von Monats/Jahrestickets für Stellplätze in der B+R Anlage
- 57. Erhöhung des Hebesatzes für Grundsteuer A von 380 % auf 400 %
- 58. Erhöhung des Hebesatzes für Grundsteuer B von 540 % auf 560 %
- 59. Erhöhung des Hebesatzes für Gewerbesteuer von 420 % auf 440 %

Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die zu prüfenden Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle 2.

C. die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sollen **nicht umgesetzt** werden:

- 60. Streichung des Nachlasses für Unterkunftskosten für erwerbstätige Bewohner*innen
- 61. Einsparung beim Löschwasser in der maximalen Variante
- 62. Kürzung der Kulturförderung um 20 %
- 63. Erhöhung der Pacht für den WoMo-Stellplatz auf Höhe der Ist-Einnahmen

Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die nicht umzusetzenden Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle 3.

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, eine geänderte Vorlage für den Rat vorzulegen und den Beschluss zur Haushaltskonsolidierung an den Rat zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

- | | |
|-----------------|---|
| <u>Anlage 1</u> | TOP 8 Änderungsantrag FDP HFA Konsolidierung 2.5.23 (1) |
| <u>Anlage 2</u> | TOP 8 Anfrage_GRU?NE_HFA_02_05_2023 Haushaltskonsolidierung |
| <u>Anlage 3</u> | TOP 8 HFA BV-2023-030 Übersicht grün_mit Anmerkungen |

9 Resolution zur Senkung der Kreisumlage

BV/2023/032

Frau Drewes verliest die Vorlage.

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt Wedel fordert den Kreistag auf, dass die zusätzlichen Einnahmen des Kreises Pinneberg aus der Festsetzung des Finanzausgleiches 2023 ausschließlich für eine Senkung der Kreisumlage verwendet werden. Dazu wird eine politische Beschlussfassung durch die Kreisgremien noch vor der Kommunalwahl am 14. Mai 2023 erwartet.
2. Es wird eine Ergebnismrücklage des Kreises Pinneberg in Höhe von 10 Mio. Euro als angemessen anerkannt. Deutliche Erhöhungen der Rücklagenhöhe sind den Kommunen vor Beschlussfassung darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Strategische Haushaltssteuerung und Investitionscontrolling BV/2023/033

Frau Drewes verliest die Vorlage.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

ab dem Haushaltsjahr 2024 die strategische Haushaltssteuerung in neuer Form anzuwenden sowie eine strategische Investitionspriorisierung einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Nachnutzung des Kraftwerksgeländes Wedel ANT/2023/011

Frau Süß verliest den Antrag.

Herr Kissig sagt, die CDU könne zustimmen, wenn die letzten beiden Sätze der Begründung gestrichen werden.

Die Frage von Frau Koschorrek, wie lange es denn dauert, wenn eine Kooperation mit Hamburg gelingt, kann Frau Süß nicht beantworten.

Herr Kaser ergänzt, dass das Kraftwerk bis 2027 als Reserve behalten werden soll. Es gibt derzeit große Probleme mit der Übertragung der Fernwärme.

Frau Süß wird die Begründung korrigieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Workshops zur Gründung einer kommunalen Klimaschutzagen- ANT/2023/012
tur beim Kreis Pinneberg

Frau Süß verliest den Antrag. Man müsse schnell zum Handeln kommen. Der Antrag wurde auch von anderen Grünenfraktionen im Kreis Pinneberg gestellt.

Frau Kärgel ergänzt, dass dieser Antrag bereits in Schenefeld beschlossen wurde. Im Workshop sollen Ziele entwickelt werden. Auch Vereine und andere Institutionen können partizipieren. Sie bittet um Unterstützung. Die Gemeinden müssen mehrheitlich dafür sein, sonst geht es nicht voran.

Herr Kissig sieht dieses Thema im Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss und stellt einen Verweisungsantrag in den zuständigen Fachausschuss. Die Auswirkungen sind nicht absehbar.

Herr Rüdiger stimmt Herrn Kissig zu. Er fragt, was die Agentur bewerkstelligen soll und wie hoch die Kosten sind.

Herr Kaser sieht das ähnlich, will aber erst die nächste Verwaltungsleiterkonferenz mit Frau Heesch abwarten.

Frau Drewes stellt den Verweisungsantrag an den UBF zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltung

13 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

13.1 Spendenannahmen 2022

MV/2023/013

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.2 Veränderte Prüfplanung der Stabsstelle Prüfdienste für 2023

MV/2023/027

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.3 Gesamtabchlussrichtlinie der Stadt Wedel

MV/2023/028

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.4 Satzungsangelegenheit Fünf-Städte-Verein

MV/2023/029

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

13.5 Bericht der Verwaltung

Herr Kaser gibt einen Sachstand zur Lühe-Schulau-Fähre. Ein technischer Fehler wurde festgestellt und behoben. Es wurden Gespräche mit anderen Reedereien bezüglich einer Zusammenarbeit mit dem Fokus Tourismus geführt, um stärker mit der anderen Elbseite zusammenzuarbeiten. Ferner ging es um ein Wartungsprogramm für die Fähre, Marketing, ein neues Preisgefüge und Online-Zahlungssystem.

Herr Kissig ergänzt, dass ein falsches Schiff gekauft wurde, das nicht für die Elbe geeignet ist, und fragt, ob das Konsequenzen hat. Der Bürgermeister verneint dies.

Herr Amelung teilt mit, dass am Montag eine finale Besprechung zu den Kosten mit PD stattfindet. Die Themen sind: Organisatorischer Aufbau, Digitaler Check, Berichtswesen Politik.

Herr Amelung teilt mit, dass das Bürgerbegehren gegen Wedel Nord zulässig ist und die Stadt Wedel nun drei Monate Zeit hat, um das umzusetzen.

13.6 Öffentliche Anfragen

Frau Koschorrek fragt nach den aufgrund der Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst zu erwartenden Belastungen für die Stadt.

Herr Scholz teilt mit, dass die Kosten für 2023 800.000 € betragen. Davon sind 400.000 € bereits eingeplant und 400.000 € werden im Nachtrag bereitgestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

21 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

- 1.) Grundstücksangelegenheit Strandbaddamm, BV/2022/118, verschoben
- 2.) Grundstücksangelegenheit im Businesspark Elbufer, BV/2023/028, mehrheitlich empfohlen
- 3.) Erbbaurechte u.a. im Bereich Voßhagen, BV/2023/023, Einstimmig

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Gez. Angela Drewes
Angela Drewes

Protokollführung:

Gez. Kirsten Gragert
Kirsten Gragert

